

Mainz, 23.11.2018

Antrag 1980/2018 zur Sitzung Stadtrat am 28.11.2018

Begleit Antrag der CDU-Stadtratsfraktion zum Haushaltsentwurf 2019/2020

Der Stadtrat möge beschließen:

Die finanzielle Situation der Landeshauptstadt Mainz hat sich in den letzten Jahren etwas verbessert. Der Schuldenstand ist aber nach wie vor exorbitant hoch.

An dieser Entwicklung hat die Politik der Verwaltung jedoch nur einen marginalen Anteil. Mainz profitiert vielmehr massiv von der seit Jahren anhaltenden positiven wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Das zeigt sich etwa anhand der hohen Einnahmen aus der Gewerbesteuer. Auch hat der Bund die Kommunen in den vergangenen Jahren finanziell deutlich entlastet. Darüber hinaus sind etliche Ansätze offenbar bewusst zu niedrig angesetzt oder fehlen völlig.

Die CDU-Stadtratsfraktion hat in den letzten Haushaltsbegleitanträgen stets betont, dass es sich bei vielen Ausgaben um Pflichtleistungen handelt, welche die Stadt aufgrund von Bundes- und/oder Landesgesetzen erfüllen muss. Dies betrifft insbesondere den Sozial- und Jugendhilfebereich.

Im föderalen System der Bundesrepublik Deutschland ist das Land Rheinland-Pfalz in Finanzfragen der erste Ansprechpartner der Kommunen. Dieses lässt die Städte und Gemeinden aber nach wie vor weitgehend im Stich.

Die CDU-Stadtratsfraktion erneuert deshalb ein weiteres Mal ihre bereits in den letzten vier Haushaltsbegleitanträgen aufgestellte Forderung und bittet die Verwaltung, sich beim Land Rheinland-Pfalz massiv dafür einzusetzen, dass die Kommunen endlich eine angemessene kommunale Finanzausstattung erhalten, um ihre gesetzlichen Aufgaben erfüllen zu können. Auch muss gewährleistet sein, dass ein finanzieller Handlungsspielraum für freie Entscheidungen im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung besteht.

Wie bereits ausgeführt, ist der Spielraum begrenzt. Nichtsdestotrotz ist es der CDU-Stadtratsfraktion ein Anliegen, einige weitere Schwerpunkte zu setzen. Diese sehen für die einzelnen Fachbereiche folgendermaßen aus:

VERKEHR

Die verkehrliche Situation in der Stadt Mainz hat sich in den vergangenen zwei Jahren kaum verbessert. Insbesondere die Straßen sind vielfach in einem katastrophalen Zustand. Das gilt gerade auch für die Radwege, von denen es insbesondere auch angesichts der wachsenden Bedeutung des Radverkehrs zudem viel zu wenige gibt.

Die CDU beantragt deshalb folgende Maßnahmen:

Für den Bau und die Unterhaltung der Gemeinde-, Kreis-, Landes- und Bundesstraßen sowie der Feld-, Land- und Wirtschaftswege ist eine Erhöhung der Sachkostenansätze erforderlich. Deshalb werden die Ansätze insgesamt pauschal für alle Bereiche um eine Million Euro erhöht.

Der Ansatz für die Pflege sowie für den Ausbau der Radwege wird um 500.000 Euro erhöht.

BAUEN

Die Wohnraumsituation in Mainz ist weiterhin extrem angespannt. Um die Situation nachhaltig zu verbessern, ist die Gründung eines neuen Stadtquartiers anzustreben. Für erste entsprechende Planungskosten und die Ausweisung weiterer Wohngebiete in bestehenden Stadtteilen werden jeweils 100.000 Euro pro Haushaltsjahr für Sach- und Dienstleistungen, insgesamt 200.000 Euro für die nächsten zwei Jahre, zur Verfügung gestellt.

Im Stadtteil Ebersheim befindet sich im Einmündungsbereich der Enggasse in die Wee-
dengasse bzw. Neugasse ein kleiner Platz. Nach dem Willen des Ortsbeirates soll die Verwaltung eine Planung erarbeiten, wie dieser Platz städtebaulich attraktiver gestaltet werden kann. Die Neugasse soll jedoch von gestalterischen Maßnahmen freigehalten werden. Für diese Maßnahme werden Planungsmittel in Höhe von insgesamt 40.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Die Abteilung Gebäude-Contracting wird wieder aufgelöst, da diese überflüssig und ihr Nutzen weiterhin nicht zu erkennen ist. Die Aufgaben werden rückübertragen auf die GWM. Ein Mitarbeiter (Nachtragsmanagement) wird wieder der GWM zugeordnet. Mit diesen Maßnahmen können etwa 400.000 Euro und durch Synergieeffekte noch einmal ca. 100.000 Euro, insgesamt also etwa 500.000 Euro eingespart werden.

JUGEND UND SOZIALES

Die Verwaltung wird beauftragt, die vom Jugendhilfeausschuss beantragten Mittel für die Freien Jugendhilfeträger aufgrund tariflicher Veränderungen für die Haushaltsplanungen

des Doppelhaushaltes 2019/2020 um 7,32 Prozent zu erhöhen. Die entsprechenden jährlichen Mehrkosten in Höhe von 88.432 Euro werden in den Doppelhaushalt eingestellt.

Seit Jahren schon gibt es in der Stadt Mainz allgemein zu wenige Hortplätze. Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind Hortplätze jedoch für viele Familien zwingend notwendig. Von Seiten der Stadt wird in diesem Bereich viel zu wenig unternommen, um die Situation zu verbessern. Auch das Land Rheinland-Pfalz engagiert sich viel zu wenig. Die Verwaltung wird deshalb gebeten, sich beim Land Rheinland-Pfalz massiv dafür einzusetzen, dass dieses sich bei der Schaffung von neuen Hortplätzen in finanziell angemessenem Rahmen beteiligt und die Kommune nicht im Regen stehen lässt.

In immer mehr Städten sind Spielplätze mittlerweile generationenübergreifend angelegt. Vielfach finden sich auf den Anlagen neben Rutschen, Spielgeräten usw. zum Beispiel auch Fitnessgeräte, die oft von älteren Menschen genutzt werden. Dieser Ansatz ist auch für Mainz wünschenswert. Deshalb werden zur ersten Umwandlung bestehender Spielplätze in generationenübergreifende Anlagen 50.000 Euro zur Verfügung gestellt. Die Maßnahmen sollen in den kommenden Jahren fortgeführt werden.

STADTTEILE

Immer wieder kommt es vor, dass in den Stadtteilen Gelder benötigt werden, um etwa Denkmäler in Stand zu setzen oder die Identität des Stadtteils zu stärken. Die bisher zur Verfügung gestellten Mittel reichen jedoch nicht mehr aus. Aus diesem Grund werden die so genannten Stadtteilkulturmittel pro Stadtteil verdoppelt.

Um eine zeitgerechte Ausstattung der Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher mit E-Mail-tauglichen Smartphones zu erreichen, werden in den nächsten beiden Haushaltsjahren je 20.000 Euro vorgesehen. Die entsprechenden Mittel werden durch Minderausgaben bei den Globalverträgen kompensiert.

Für Bretzenheim wird ein Haus der Vereine vorgesehen.

UMWELT UND GRÜN

Zur Lebensqualität tragen gerade auch die vielen Brunnen in der Innenstadt und in den Stadtteilen bei. An diesem Punkt ist in den letzten Jahren jedoch gespart worden. Viele Brunnen werden nur noch dann betrieben, wenn genügend Spenden eingehen. Dieser Zustand ist weder für die Mainzerinnen und Mainzer noch für Gäste und Touristen, die unsere Stadt besuchen, positiv und sollte dementsprechend wieder geändert werden. Deshalb sind im Grün- und Umweltamt im Bereich Sonstige Aufgaben Öffentliches Grün unter der laufenden Nummer 13 die Aufwendung für die Instandhaltung und das Betreiben

der Brunnen deutlich zu erhöhen und zwar auf das Maß, dass alle Brunnen wieder ohne Spenden betrieben werden können.

Für eine bessere Lebensqualität und für das Klima in der Stadt sind auch Bäume bzw. die Schaffung von Grün unverzichtbar. In den vergangenen Jahren wurden jedoch insgesamt deutlich mehr Bäume gefällt als neu gepflanzt. Aufgrund der klimatischen Veränderungen sind jedoch deutlich mehr Bäume erforderlich. Deshalb werden in einem ersten Schritt für die Pflanzung neuer Bäume im Stadtgebiet für die nächsten zwei Jahre 500.000 Euro zur Verfügung gestellt.

Begründung:

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Hannsgeorg Schönig
Fraktionsvorsitzender